

Sitzung Nr. 1 vom 22. Januar 2019

Vorsitz François Scheidegger, Stadtpräsident

Anwesend Remo Bill
Alexander Kaufmann
Angela Kummer
Daniel Hafner
Robert Gerber
Konrad Schleiss
Reto Gasser
Ivo von Büren
Richard Aschberger
Marc Willemin
Fabian Affolter
Matthias Meier-Moreno
Peter Brotschi
Nicole Hirt

Anwesend von Amtes wegen Jürg Kaufmann, Präsident Wirtschaftsrat
Karin Heimann, Wirtschaftsförderung
Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter
Aquil Briggen, Stadtbaumeister
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 19:45 Uhr

TRAKTANDEN (2431 - 2450)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 11 vom 20. November 2018
- 2 2431 SWG: Stellungnahme in Sachen Bodenstrategie
- 3 2432 Businessplan 2015 - 2019: Jährliche Berichterstattung zum Aktionsplan per Ende 2018
- 4 2433 Standortförderung: Mandatsvertrag 2019ff

- 5 2434 Postulat Angela Kummer (SP): Schwimmhalle für alle: Beschluss über Erheblicherklärung
- 6 2435 Teilzonenplan Schlachthausstrasse GB Nr. 1809 / Umzonung von der Arbeitszone 1 in die Wohnzone / Antrag zur öffentlichen Auflage
- 7 2436 Agglomerationsprogramm Grenchen: Statuten Trägerverein
- 8 2437 Interpellation Fraktion CVP: Smart City: Beantwortung
- 9 2438 Personalvorsorgekommission: Wahl eines zweiten Arbeitgebervertreters
- 10 2439 Wahl in den Partnerschaftsausschuss
- 11 2440 Verein Spitex Grenchen: Wahl in den Vorstand einer zweiten politischen Vertretung für den Rest der Amtsperiode 2017 - 2021
- 12 2441 Dringliche Motion Remo Bill (SP): Traktandierung des Geschäfts "Informationen der SWG zur Strategie und zu aktuellen Themen" für GR-Sitzung vom 26. Februar 2019: Beschluss über Dringlichkeit und Erheblicherklärung
- 13 2442 Motion Fraktion SP: Verkauf von Panaiia & Crausaz AG: Einreichung
- 14 2443 Motion Robert Gerber (FDP.Die Liberalen): Taritmässige Wiedereinführung von Kurzzeitparkplätzen und der Aufhebung der Mindestparkgebühr von einem Franken vor den Grenchner Detailhandelsgeschäften: Einreichung
- 15 2444 Motion Peter Brotschi (CVP): Prüfungsauftrag zur Vergrösserung des Gemeinderats der Einwohnergemeinde der Stadt Grenchen: Einreichung
- 16 2445 Postulat Nicole Hirt (glp): Änderung des Gräber- und Grabmalreglementes: Einreichung
- 17 2446 Interpellation Remo Bill (SP): „Illegale“ Autoabstellplätze im öffentlichen Raum?: Einreichung
- 18 2447 Interpellation Marc Willemin (SVP): Lt. Walter Flury Gedenkfeier in Grenchen: Einreichung
- 19 2448 Kleine Anfrage Nicole Hirt (glp): Red Bull Race Day 10./11.08.19: Einreichung
- 20 2449 Kleine Anfrage Nicole Hirt (glp): Wie sind Flugakrobatik und Kompass (Fokus Leben und Wohnen) zu vereinbaren?: Einreichung
- 21 2450 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 11 vom 20. November 2018 wird mit folgender Korrektur genehmigt:

GRB 2416

**Interpellation Nicole Hirt (glp): Städtische Werke
Grenchen: Beantwortung**

In Ziff. 4.10, 3. Satz sollte es heissen:

Die SWG hat die Panaiia & Crausaz gekauft, um die Pi-
kettendienstleistung zu sichern und die Wertschöpfungsket-
te zu verlängern

SWG: Stellungnahme in Sachen Bodenstrategie

Vorlage: KZL/11.01.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage kurz zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen:

2 Eintreten

2.1 Wie Vize-Stadtpräsident Remo Bill ausführt, wird die SP-Fraktion auf die Vorlage eintreten. Bei der Verselbständigung der SWG im Jahr 1996 übertrug die Stadt Grenchen 32 betriebsnotwendige Grundstücke. Die Grundstücke der SWG können aus heutiger Sicht wie folgt beurteilt werden: In betriebsnotwendige- und nicht mehr betriebsnotwendige Grundstücke. In Reserve- und verkaufte Grundstücke. Es ist nun Aufgabe des Gemeinderates, für die Grundstückübertragungen von der SWG an die Stadt Grenchen eine für beide Seiten gerechte und definitive Lösung vorzuschlagen. Auf den Antrag der SWG, eine gemeinsame Verhandlungsdelegation zu bilden, wird die SP-Fraktion nicht eintreten. Das Vorgeschlagene der SWG ist sehr aussergewöhnlich und hat in der SP-Fraktion „Kopfschütteln“ ausgelöst. Es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates, Verhandlungen zu führen, sondern seine Aufgabe ist, Vorschläge oder Anträge zu prüfen und dann zu entscheiden.

Der Antrag der SP-Fraktion lautet wie folgt:

1. *Die betriebsnotwendigen Grundstücke inklusive Reserve (GB Nr. 1514 und GB Nr. 1515) sollen bei der SWG bleiben.*
2. *Die nicht mehr betrieblich genutzten Grundstücke werden der Stadt entschädigungslos zurückgegeben.*
3. *Der Erlös der verkauften Grundstücke wird an die Stadt vergütet.*

Auf den Antrag in der Vorlage wegen der Verhandlungsdelegation wird die SP-Fraktion nicht eintreten.

2.2 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, hat der Gemeinderat Anrecht darauf zu wissen, welche Grundstücke und Immobilien seit der Verselbständigung der SWG im Jahr 1996 von der Stadt an diese übergegangen sind und welche Grundstücke und Immobilien seither veräussert wurden. Die Vorlage bringt nun Licht ins Dunkle und gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, offen über eine Bodenstrategie zu diskutieren. Die CVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass die betriebsnotwendigen Grundstücke bei der SWG bleiben sollen, alles andere macht keinen Sinn. Bei den beiden nichtbetriebsnotwendigen Reservoirs sieht es anders aus, diese sollen entschädigungslos an die Stadt rückübertragen werden.

Was das ehemalige Unterwerk Brühl, das als Reserve dient, und das Brühl-Areal Nord mit dem geplanten Projekt betrifft, ist die CVP einverstanden, wenn sie bei der SWG bleiben. Jedoch gibt sie zu bedenken, dass sie einem Verkauf des Grundstücks Brühl-Areal Nord nicht zustimmen würde, es darf nur im Baurecht abgegeben werden. Wer dann die Einnahmen des Baurechtzinses erhalten wird, muss zu gegebener Zeit ausgehandelt werden. Den Erlös aus den vier bereits veräusserten Grundstücken inkl. Immobilien muss der Stadt zurückbezahlt werden und zwar im vollen Umfang. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten, jedoch wird sie auf die von der SWG vorgeschlagenen Anträge nicht eintreten. Sie unterstützt dafür die Anträge der SP-Fraktion.

- 2.3 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Marc Willemin, ist mit dem Vorschlag des Verwaltungsrates SWG nicht einverstanden. Sie ist der Meinung, dass die in Ziff. 1.4 der Vorlage bezeichneten Grundstücke GB Nr. 4925 und GB Nr. 4926 zurückzugeben sind. Bei den in Ziff. 1.5 erwähnten bereits veräusserten Grundstücken GB Nr. 6200, GB Nr. 4861, GB Nr. 5538, GB Nr. 2915 ist der Erlös der Stadt zuzuführen. Die SVP ist nicht bereit, eine GR-Delegation vorzuschlagen. Marc Willemin hat schon anlässlich der GR-Sitzung vom 20. November 2018 vorgeschlagen, dass der gesamte Verwaltungsrat SWG oder eine VR-Delegation nach einer GR-Sitzung ins Parktheater eingeladen wird.
- 2.4 Gemeinderat Reto Gasser erklärt, dass die FDP-glp-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist. Sie wird aber auf die formulierten Anträge des Verwaltungsrats SWG nicht eintreten. Wenn man hört, dass die Verwaltungsräte SWG nicht müde werden, immer wieder zu betonen, dass sie nur der SWG verpflichtet sind, dann verkennen sie ein wenig die Situation. Sie wissen wahrscheinlich nicht, dass die SWG im Eigentum der Stadt steht, d.h. die Stadt Grenchen ist Eigentümerin, Eignerin. Vertreten wird die Stadt nicht durch den Verwaltungsrat SWG, sondern durch den Gemeinderat oder allenfalls die Gemeindeversammlung oder die Urne. Das vergisst der Verwaltungsrat SWG wohl ab und zu. Wenn die Verwaltungsräte SWG also sagen, dass sie nur der SWG verpflichtet sind, dann sind sie eigentlich der Stadt verpflichtet. Und wenn die Stadt sagt, dass Kapital aus verkauften Grundstücken zurückfliessen sollte, ist das Eignerstrategie und dann kann das die Eignerin so bestimmen. Er möchte das kurz durch einen Vergleich mit dem Privatrecht veranschaulichen: Wenn der Eigentümer bei einer börsenkotierten Unternehmung oder sonst einer Aktiengesellschaft sagt, dass es einen Kapitalrückfluss braucht, dann müssen die Verwaltungsräte dem folgen. Sie können nicht sagen, dass sie keine Kapitalherabsetzung oder keine Dividendenauszahlung wollen. Wenn das an der Generalversammlung so beschlossen wird, bedeutet das, dass der Verwaltungsrat bzw. die operative Geschäftsführung das umsetzen muss. Die FDP-glp-Fraktion sieht das ähnlich. Die Stadt bzw. der Gemeinderat kann bestimmen, ob Geld zurückfliessen muss und ob Grundstücke an die Stadt zurückübereignet werden müssen. Es ist nicht der Verwaltungsrat SWG, der den Gemeinderat einlädt, um ihm zu erklären, was er will. Das wird immer wieder verkannt und führt halt dazu, dass dann Unmut in der Bevölkerung entsteht und an der Gemeindeversammlung Vorstösse kommen. Die Fraktion findet es korrekt, dass die betriebsnotwendigen Grundstücke bei der SWG bleiben. Dass nichtbetriebsnotwendige Grundstücke wie Reservoirs bei der SWG bleiben müssen, macht keinen Sinn. So wie er jetzt gehört hat, ist der Gemeinderat unisono der Meinung, dass der Erlös aus den verkauften Grundstücken nicht bei der SWG verbleiben soll, sondern zurückfliessen muss. Die Verwaltungsräte SWG wollen den Fünfer und das Weggli.

Auf der einen Seite wollen sie das Kapital behalten, das sie als Erlös haben, auf der anderen Seite möchten sie aber auch kein Dotationskapital, das dann verzinst werden muss. Olten hat z.B. ein Dotationskapital, das verzinst wird. Dies hat man in Grenchen nicht. Also bedeutet es im Umkehrschluss, dass man Geld zurückverlangen kann, wenn man das so will, und dies nicht mehr als recht ist. Die FDP-glp wird auf die Anträge, wie sie der Verwaltungsrat SWG formuliert hat, nicht eintreten, sondern den Anträgen der SP-Fraktion Folge leisten.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Anträge des Verwaltungsrates SWG

Auf die Anträge des Verwaltungsrates SWG wird mit 14 Stimmen, bei 1 Enthaltung, nicht eingetreten.

3.2 Anträge der SP-Fraktion

Die Anträge 1 bis 3 werden einstimmig gutgeheissen.

3.3 Matthias Meier-Moreno beantragt namens der CVP, dass das Grundstück Brühl-Areal Nord nicht verkauft, sondern nur im Baurecht abgegeben werden darf.

3.3.1 Gemeinderat Alexander Kaufmann macht beliebt, nicht auf den Antrag einzutreten. Man sollte der SWG die Freiheit lassen, dort zu machen, was sie will. Im Moment ist auf dem Brühl-Areal Nord ein Projekt geplant und man weiss nicht, ob es die SWG selbst im Baurecht abgeben will oder nicht. Das Grundstück ist auch immer noch belastet. Man kann gewisse Sachen gar nicht aus dem Grundstück herausnehmen, weil sie zu tief drin sind. Für die Stadt ist das nicht so interessant. Es ist aber wichtig, dass das Grundstück überhaupt überbaut werden kann und dort etwas geht. Man sollte der SWG nicht noch Hindernisse in den Weg stellen, indem man verlangt, dass sie es nicht verkaufen darf.

3.3.2 François Scheidegger kann das Votum seines Vorredners nur unterstützen. Für ihn ist die Sache im Moment schwer abzuschätzen, denn es ist schon etwas speziell. Er möchte nicht, dass dies zu einem Killerargument wird.

3.3.3 Für Matthias Meier-Moreno ist das eine Strategiefrage. Man hat auch schon darüber diskutiert, dass man in Zukunft eigenes Land nur noch im Baurecht abgeben will. Dort könnte man jetzt einen Pflock einschlagen und sagen, dass es von nun an so läuft. Das ist die Idee dahinter, aber er hat kein Problem damit, den Antrag zurückzuziehen. Es ging ihm darum, dass man das diskutiert. Man muss aufpassen, dass man dort nichts verspielt. Wenn das Land wieder einmal an die Stadt zurückfallen würde, könnte man wieder etwas damit anfangen.

3.3.4 Die Grundsatzdiskussion *Baurecht oder Verkauf*, so François Scheidegger, beschäftigt die GRK immer wieder, aber abschliessend hat man das dort auch noch nicht beschlossen. Er nimmt vom Rückzug des Antrags Kenntnis und nimmt das Anliegen als Wunsch entgegen. Man wird dies sicher prüfen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Auf die Anträge des Verwaltungsrates SWG wird nicht eingetreten.
- 4.2 Die betriebsnotwendigen Grundstücke inklusive Reserven sollen bei der SWG bleiben.
- 4.3 Die nicht mehr betriebsnotwendigen Grundstücke werden der Stadt entschädigungslos zurückgegeben.
- 4.4 Der Nettoerlös der verkauften Grundstücke wird an die Stadt vergütet.

Vollzug: SWG

SWG
FV
RD
BD

8.7.0.0 / acs

Businessplan 2015 - 2019: Jährliche Berichterstattung zum Aktionsplan per Ende 2018

Vorlage: SF/04.01.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Jürg Kaufmann, Präsident Wirtschaftsrat, gab es 2018 einige Schwerpunkte. Es wurden einige Förderungsgeschäfte behandelt mit ansässigen Unternehmen, aber auch mit Interessenten, die nach Grenchen kommen wollten. Es war nicht so einfach. Bekanntlich sind die Landressourcen in der Industriezone Grenchen relativ knapp. Es konzentriert sich auf einige Grundstücke. Was man aber gesehen hat, ist, dass man je länger je mehr bei Einzelförderungsgeschäften von reinen Einzelförderungsbeiträgen abgekommen ist, so wie das auch der Kanton so handhabt. Man hat die Unternehmen mehr beraten und bei der Suche nach Grundstücken unterstützt, sofern sie noch verfügbar waren. Ein Schwerpunkt war sicher der Gewerbepark, der einige Arbeit nach sich zog. Die GRK hat eine Machbarkeitsstudie verabschiedet. Nun ist man auf der Suche nach einem Investor, der den Startschuss auslösen könnte. Es gab einige Anfragen und man hofft, dass man demnächst einen Schritt weiterkommen könnte.
- 1.2 Karin Heimann, Wirtschaftsförderin, erstattet anhand einer Präsentation Bericht zum Aktionsplan per Ende 2018 und geht kurz auf das weitere Vorgehen ein (Beilage). Sie bedankt sich herzlich bei der Stadt, der Politik und den Partnerorganisationen, die sie ganz toll unterstützen, sonst wäre vieles nicht möglich in der Stadt.
- 1.3 Stadtpräsident François Scheidegger dankt Karin Heimann für die gute Arbeit. Es macht Spass, mit ihr zusammenzuarbeiten. Es wird nicht nur geredet, sondern etwas umgesetzt.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann unterstützt die SP-Fraktion den Businessplan 2015 - 2019 mit der alljährlichen Berichterstattung zum Aktionsplan. Der Businessplan dient als umsetzungsorientierte Leitplanke für die wirtschaftlichen Aspekte der Stadtentwicklung. Er ist ein wichtiges Instrument für die wirtschaftliche Entwicklung und deren Rahmenbedingungen und braucht eine jährliche Standortbestimmung und Präsentation der laufenden Tätigkeitsfelder. Neu werden auch die Kompass Themen in die Standortförderungsstrategie einfließen und als Weiterentwicklung des Businessplanes weitergeführt und umgesetzt. Somit wird der „Kompass-Umsetzungsplan“ den Businessplan ersetzen. Das Controlling über die Kompass-Umsetzung ist wichtig und erfolgt ab 2020 ebenfalls jährlich.

Die SP ist für Eintreten auf dieses Geschäft und genehmigt das Vorgehen gemäss Beschluss der Vorlage.

- 2.2 Die CVP, so Gemeinderat Peter Brotschi, dankt ebenfalls für die jährliche Berichterstattung. Es ist spannend zu schauen und zu lesen, auf wie vielen Ebenen in der Stadt Anstrengungen unternommen werden. Die Fraktion will nicht jeden Punkt kommentieren. Ein grosses Anliegen ist die auch immer wieder im Rahmen des Kompasses erwähnte Attraktivität des Stadtzentrums. Wer die Augen offen hat, merkt, dass wirklich einiges geht, z.B. ganz aktuell die Kunststoffeisbahn unter dem Stadtdach, auch wenn sie offenbar nicht so grossen Anklang gefunden hat. Immerhin wurde etwas Neues ausprobiert. Vielleicht zieht es dann in einer weiteren Durchführung mehr Leute an. Wo aber der Wille der öffentlichen Hand an seine Grenzen stösst, ist beim Strukturwandel. Schliesslich hat man keine Planwirtschaft. Hier hat die öffentliche Hand in der Zeit von 1970 bis ca. 2000 versagt, als sie Einkaufszentren auf der grünen Wiese gefördert und bewilligt hat und so langsam, aber sicher das Aussterben der Innenstädte eingeleitet hat. Darum muss man ein wenig in die Zukunft schauen. Die CVP hat deshalb doch noch die Massnahme EG 2a unter die Lupe genommen. Sie fragt sich, wie viele Häuser mit Läden im Erdgeschoss noch bewilligt werden sollen. Man ist z.B. gespannt, wie lange es geht, bis die beiden Läden im Neubau an der Kirchstrasse (auf dem Areal des ehemaligen Restaurants Ticino) vermietet sind. Das schaut sich Peter Brotschi jetzt jeden Tag an. Praktisch während des Baus der neuen Wohnbebauung wurde ein grosses Ladenlokal nur einen Steinwurf entfernt an der Däderizstrasse 1 zu Wohnungen umgebaut. Die Baudirektion sollte bei Gestaltungsplänen und Baubewilligungen genau hinschauen. Im digitalen Zeitalter darf man sich nicht von gut gemeinten, aber nicht realistischen Träumen leiten lassen. Das betrifft vor allem die Volumenstudien, die unter EG 2a erwähnt werden.
- 2.3 Gemäss Richard Aschberger ist Standortförderung respektive Stadtentwicklung äusserst komplex und zeitintensiv, dazu kommt, dass man die Wirkung von Massnahmen nicht umgehend sieht, sondern oft erst nach Jahren. Daher ist es auch nicht einfach, wenn man jeweils ein Mandat dafür gibt, da man nicht eine einfache Investitionsrechnung machen kann nach dem Beispiel 100k investiert und 200k schauen am Ende nach x-Jahren heraus. Für die SVP kann er festhalten, dass sie den Anträgen wie vorliegend zustimmen wird. Die Berichterstattung wurde vom Gemeinderat gefordert und man sieht es, es ist umfangreich und sehr detailliert, vielleicht gar zu detailliert, kostet das doch alles immer zig Stunden Arbeit. Dies als Hinweis für die nächste Berichterstattung, die dann unter dem Fokus Kompass stehen wird. Oft ist weniger mehr, denn die eingekaufte Zeit kann man gerne für konkrete Projekte einsetzen anstatt für überbordenden Papierkram. Er ist sich auch sicher, dass man mit Karin Heimmann eine vertrauenswürdige Person zu diesem Thema gefunden hat. Die Bandbreite betreffend Kontakte mit Firmen und vor allem auch mit KMU und dem hiesigen Gewerbe hat deutlich an Qualität gewonnen, auch die SVP will ganz sicher nicht mehr zurück in die Zeit der Vorgängerfirma aus dem Raum Zürich. Es ist auch offensichtlich so, dass laut dem vorliegenden Bericht eben auch tatsächlich etwas geht. Einige Sachen wurden ja erst mit der neuen Wirtschaftsförderung überhaupt angepackt und seriös bearbeitet. Sein Lieblingsbeispiel ist hier der von ihm jahrelang geforderte Gewerbepark, der von der Vorgängerfirma ignoriert wurde, und nun hätte man ein Projekt in der Schublade, zwar in der Schublade, aber immerhin hat man es. So hofft die SVP auch auf die positive Bearbeitung von weiteren Projekten.
- 2.4 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber nimmt die FDP-glp-Fraktion den Bericht zum Businessplan resp. zum Aktionsplan zur Kenntnis und dankt den Referenten, aber

auch den engagierten Akteuren im Wirtschaftsrat, in der Standortförderung, im Industrie- und Handelsverband Grenchen und in den städtischen Verwaltungsabteilungen an dieser Stelle gerne. Der auf vier Jahre ausgelegte Businessplan wurde Mitte 2018 um ein weiteres Jahr verlängert, im Hinblick auf die neue Standortförderungsstrategie „Kompass“. Es war in verschiedenster Hinsicht gut, dass mit der Ausarbeitung eines neuen Businessplanes zugewartet wurde. Erstens, wie erwähnt, soll der neue Fokus „Leben und Wohnen“ in den zukünftigen Plan integriert werden und zweitens schwebt ja immer noch das Damoklesschwert „Unternehmenssteuerreform“ über den Köpfen. Er hätte bald gesagt: Unternehmenssteuererlass 17. Selbstverständlich weiss er, dass man dem Kind jetzt wohlweislich „Steuervorlage 17“ sagt, aber das ist der Katze Büsi gesagt. Je nach Ausgestaltung dieser Vorlage insbesondere auf Stufe Kanton könnte das massiven Einfluss auf die Stadt und deren Entwicklung haben. Bis im Herbst 2019, wenn der neue Umsetzungsplan dem Gemeinderat vorgelegt wird, weiss man auch hier, wie es weitergehen soll. Dass die künftige Finanzlage der Stadt Grenchen und damit die finanziellen Möglichkeiten alle Themen beeinflussen, ist allen bekannt. Und spezielle Aufmerksamkeit gilt der anstehenden Ortsplanungsrevision. Damit beeinflusst man die Zukunft der Stadt Grenchen für die nächsten Jahrzehnte. Der Bericht zeigt grundsätzlich, dass die Stadt Grenchen nicht schlecht unterwegs ist. Bei genauerem Hinschauen merkt man ja ganz genau, was realistisch ist und was Wünsche und Träume bleiben. Es gibt Entwicklungen, die sich nicht aufhalten lassen. Es gibt Tatsachen, die da sind und zur Kenntnis genommen werden müssen. Man kann lange Warenhäuser und Spielwarenläden und, und, und verlangen in Grenchen, wenn der Päckli-Pösteler und der DPD-Chauffeur mit den Päcklilieferungen fast nicht nachkommen, sagt das schon fast alles. Die FDP-glp-Fraktion ist für Eintreten, nimmt den Bericht zum Businessplan zur Kenntnis und ist mit dem Vorgehen zur Umsetzung des Kompasses einverstanden.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Businessplan

3.1.1 Seite 2

3.1.1.1 Gemeinderätin Nicole Hirt bezieht sich auf die Massnahme W 3b „Zweisprachige Schule Grenchen“ und erkundigt sich, wie weit das Projekt gediehen ist.

3.1.1.2 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi erklärt, dass die GRK das Geschäft „*Schulen: Zweisprachige Volksschule Grenchen - Förderung von Begabungen und der Standortattraktivität*“ am 19. Dezember 2018 behandelt und beschlossen hat, dass das Schulentwicklungsprojekt „Zweisprachige Schule Grenchen“ offiziell zu starten und im Hinblick auf eine mögliche Umsetzung im Detail abzuklären ist. Die nächste Zielsetzung ist die Gemeinderatsvorlage. Am 24. Januar 2019 findet die nächste Sitzung des Projektteams statt. Es gibt einen Zeitplan, man hat Inhalte und man weiss, was wann stattfinden muss.

3.1.1.3 Wie so oft, so François Scheidegger, steckt der Teufel im Detail. Für die zweisprachige Volksschule Grenchen ist die Zustimmung des Kantons unabdingbar. Man hat ihn mit an Bord geholt und ist gut unterwegs.

3.1.2 Seite 4

3.1.2.1 Peter Brotschi erkundigt sich betreffend Massnahme EG 2a „Angebotsseitige Entwicklung“, wo sich City-Center und Central-Areal befinden. Er kann das nicht zuordnen.

3.1.2.2 Gemäss Aquil Briggen ist das City-Center dort, wo die Lücke EPA-Parkplatz ist. Das Central-Areal befindet sich dort, wo das ehemalige Bauernhaus stand (Perimeter zwischen Rainstrasse und Quartierstrasse).

3.1.3 Seite 6

3.1.3.1 Alexander Kaufmann verweist auf die Massnahme EG 2c „Einkaufs-Erlebnis/Aufenthaltsqualität steigern“: Er nimmt Bezug auf die Teilspernung Bettlachstrasse. Das ist ein Anliegen, das man nicht unterschätzen darf. Es wurde eine Petition eingereicht, aber man hört so nichts. Die Bevölkerung möchte gerne wissen, woran sie ist. Bald ist auch wieder Juni/Juli/August. Es geht schnell. Er möchte als Gemeinderat, der von den Leuten gewählt wurde, schon wissen, was läuft.

3.1.3.2 François Scheidegger erinnert sich, dass Alexander Kaufmann schon an der GR-Sitzung vom 20. November 2018 nach dem Stand des Geschäfts gefragt hat. Er hat daraufhin in den Akten nachgeschaut. Das Stadtpräsidium hat Alexander Kaufmann am 23. März 2018 eine Antwort gegeben. Es wurde also nicht nichts gemacht. Der Petition wurde in dem Sinne Folge gegeben, dass die Stadtpolizei ermächtigt wurde, die Bettlachstrasse versuchsweise während den Sommermonaten Juni und Juli 2018 teilweise zu sperren. Polizeikommandant Christian Ambühl wurde beauftragt, noch einen Bericht zu verfassen, der vorletzte Woche erst eingetroffen ist. François Scheidegger hat selbst noch Vorschläge gemacht, die aber nicht im Bericht erscheinen. Der Bericht wird der GRK unterbreitet werden. Das Geschäft wurde also nicht schubladisiert.

3.1.4 Seite 9

3.1.4.1 Alexander Kaufmann bezieht sich auf die Massnahme S 1a „Business-Airport Grenchen“. Dort steht, *dass das Bauprojekt Tower und Werkhof ebenfalls in der Pipeline steht*. Das stimmt nicht ganz. Das Bauprojekt steht nicht in der Pipeline, sondern wird realisiert. Der Abriss des alten Werkhofs wird demnächst erfolgen. An dessen Stelle kommt ein modernes Gebäude. Dieses wird sowohl den neuen Werkhof als auch einen Hangar für die Rega und diverse Ausbildungsräume beinhalten.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der Gemeinderat nimmt das jährliche Reporting des Businessplanes zur Kenntnis.

4.2 Der Gemeinderat genehmigt das Vorgehen zur Umsetzung des Kompasses.

Vollzug: SF in Koord. mit Verwaltungsabteilungen

Beilage: Präsentation Wifö/22.01.2019

SF, Karin Heimann
Wifö
WIRA
GSL
BD
Stapo

8.5.1 / acs

Standortförderung: Mandatsvertrag 2019ff

Vorlage: RD/10.01.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister erläutert kurz die Vorlage.

1.2 Wie Jürg Kaufmann, Präsident Wirtschaftsrat, ausführt, sollen die Grundaufgaben Standortförderung im Mandat ausgeschrieben werden. Das Mandat Wirtschaftsförderung soll unter dem Namen Standortförderung weitergeführt werden. Der Rechtsdienst wird mit der Abwicklung der Vergabe beauftragt. Der weitere Vollzug wird an den Wirtschaftsrat und an die Gemeinderatskommission delegiert. Aus Sicht des Wirtschaftsrates, aber auch aus Sicht des Gemeinderates ist die Wirtschaftsförderung der Stadt Grenchen unbestritten. Das ist etwas, das absolut Sinn macht, zumal die heutige Delegierte ausgezeichnete Arbeit leistet. Nach dem Projekt „EffiDeville“ und der Strategie „Kompass“ macht es auch Sinn, dass man so eine Standortförderung weiterführt. Der Wirtschaftsrat respektiert, dass der Fokus der Stadt neu in den Bereichen Leben und Wohnen gesetzt wird, aber Jürg Kaufmann möchte im Namen des Wirtschaftsrates anbringen, dass es wichtig ist, dass dabei die grundsätzlichen Wirtschaftsförderungsanliegen nicht verloren gehen. Es ist gleichwohl wichtig, dass man den Grundauftrag Wirtschaftsförderung, der sich ja nicht ändert, vor Augen hat und sich nach diesem richtet.

1.3 Stadtpräsident François Scheidegger verweist auf die Vereinbarung mit der kantonalen Wirtschaftsförderung. Daran soll sich nichts ändern. Man hat in den letzten zwei Jahren in der Wirtschaftsförderung viel Aufwand und viele Anfragen gehabt. Ein Geschäft musste in der GRK sogar eine Zusatzschleife nehmen. Das möchte man in Zukunft versuchen zu vermeiden. Es wurden schon Überlegungen angestellt, wie man die Prozesse verschlanken könnte. Das ist im Interesse von allen. Im Übrigen hat es sich bewährt, wie man jetzt aufgestellt ist und man möchte so weiterfahren. Es ist auch so, dass die GRK im Bereich Standortmarketing vermehrt mitredet. Einzelne Projekt werden jeweils der GRK unterbreitet. Dann gibt es das Projekt Jurasonnen-see, wo Bettlach und Lengnau mit dabei sind und auch sagen, was sie möchten.

2 Eintreten

2.1 Im Jahr 2016, so Gemeinderat Daniel Hafner, hat Karin Heimann das Mandat Wirtschaftsförderung erhalten. Wenn man Bilanz zieht, stellt man fest, dass es ein gutes Preis-Leistungsverhältnis ist und sehr effizient gearbeitet wird. Die Standortförderung funktioniert. Die SP ist mit dem eingeleiteten Prozess einverstanden. Sie ist der Meinung: Never change a winning team - das möchte sie auf den Weg geben.

Die SP-Fraktion plädiert dafür, dass das Erfolgsmodell weitergeführt wird. In diesem Sinne unterstützt sie alle Anträge und hofft, dass so eine gewisse Kontinuität des Erfolgsmodells aufgeleistet wird.

- 2.2 Laut Gemeinderat Robert Gerber haben sich die in der Vergangenheit von der Stadt Grenchen getätigten Massnahmen zur Förderung der Standortattraktivität und Standortförderung in ihren Grundzügen bewährt. Es zeigen sich keine Gründe, hier das Steuer komplett herumzureissen. Änderungen wurden bereits im Zuge der verschiedenen Effi-Projekte in die Wege geleitet. Gegen Ende des letzten Jahres hat der Gemeinderat die Strategie „Kompass“ verabschiedet und bekanntlich den Fokus für die nächsten Jahre auf „Leben und Wohnen“ verlegt. Das bedingt auch eine Anpassung in Sachen Standortförderung resp. eine Ausrichtung des Fokus an die neu festgelegte Strategie. Die FDP-glp-Fraktion unterstützt weiterhin eine aktive Standortförderung im Sinne der verabschiedeten Kompass-Strategie und ist mit den vorgeschlagenen Bedingungen bzw. der Ausschreibung einverstanden. Sie ist für Eintreten auf diese Vorlage und stimmen den Anträgen zu.
- 2.3 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno hat bereits an der Gemeinderatssitzung vom 4. Dezember 2018 unter Verschiedenem Karin Heimann für die gute Arbeit gedankt (GRB Nr. 2429). Damit ist eigentlich alles gesagt. Die CVP-Fraktion kann daher voll und ganz dahinter stehen.
- 2.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass auch die SVP-Fraktion für Eintreten und mit der getanen Arbeit sehr zufrieden ist. Es läuft alles rund im Moment. Die SVP hat nichts zu beklagen und wird den Anträgen zustimmen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Stadt Grenchen betreibt aktive Standortförderung im Sinne der Kompass-Strategie.
- 4.2 Die Grundaufgaben Standortförderung sollen im Mandat ausgeschrieben werden.
- 4.3 Die Ausschreibung soll im selektiven Verfahren erfolgen.
- 4.4 Der Rechtsdienst wird mit der Abwicklung der Vergabe beauftragt. Der weitere Vollzug wird an den Wirtschaftsrat und an die Gemeinderatskommission delegiert.

Vollzug: RD, WIRA

WIRA
Wifö
SF
FV
RD

8.5.1 / acs

Postulat Angela Kummer (SP): Schwimmbad für alle: Beschluss über Erheblichkeitsklärung

Vorlage: KZL/26.11.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde das Postulat von der Schulverwaltung schriftlich beantwortet.

1.2 Gemäss Gesamtschulleiter Hubert Bläsi wurde die Fragestellung bzw. der Vorstoss ernst genommen. Man hat versucht, die Inhalte, die durch das Postulat aktuell werden, in einer möglichst offenen Art und Weise darzulegen und aufzuzeigen, was möglich ist, was es für Konsequenzen hat und wie man allenfalls vorgehen könnte. Zusammenfassend kann er sagen, dass Ergänzungen möglich sind. Man müsste seitens Politik sagen, was man möchte und wie man es möchte. Dann könnte man einen Versuch starten und schauen, ob das, was daraus resultiert, Sinn macht. Wenn es keine Frequenzen hat, ist die Sache vom Tisch. Wenn man gute Frequenzen hat, würde das Weiterführen Sinn machen. In diesem Sinne wurde offen gelassen, ob das Postulat erheblich oder nicht erheblich erklärt werden soll, weil man der Meinung ist, dass beides möglich ist. Der Gemeinderat soll entscheiden, wie er es gerne hätte.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

3.1 Gemeinderätin Angela Kummer dankt für die sorgfältige Prüfung ihres Anliegens, die Schulschwimmbad öfters auch für die allgemeine Bevölkerung zu öffnen. Es ist sehr erfreulich, dass dies grundsätzlich möglich wäre. Sie findet es sehr schade, ja sogar stossend, wenn Schwimm- und Badebegeisterte nach Zuchwil, Solothurn oder Biel ausweichen müssen, um ihre Runden zu drehen. Im Vergleich schon nur mit den Städten Olten und Solothurn ist ein Ausbau der Öffnungszeiten in Grenchen durchaus angebracht. Zudem sind die Sportanlagen mit sowieso hohem Betriebsaufwand zumindest für mehr Leute öffentlich zu machen. Gerade auch für Familien ist das Hallenbad neben der Badi-Saison ein willkommener Ausflugsort, auch wenn sich der Spassfaktor ohne Rutschbahn und sonstige Spiele in Grenzen hält. Hier nur noch ein paar Punkte, die ihr wichtig sind, und weitere Argumente für das Postulat:

- Die verlängerten Öffnungszeiten der Schwimmhalle sollen sicher nicht zu Ungunsten der Schwimmvereine gehen. Sie brauchen für ihre wichtige Arbeit die nötige Infrastruktur und zahlen ja auch Miete. Es wäre zu prüfen, wie viele Bahnen welcher Verein wann braucht. Allenfalls ist aber auch dort zu gewissen Zeiten eine gemeinsame Nutzung der Anlage möglich.
- Für das Postulat spricht zusätzlich das freie Potenzial zweier Gartenbad-Mitarbeitenden. Der Ausbau der Öffnungszeiten wäre eine gute Möglichkeit, die beiden Mitarbeitenden der Badi über die Wintermonate in einem Teilpensum zu beschäftigen. Sie haben sogar schon die nötige Ausbildung und könnten den Hauswart stellvertreten.
- Der gewünschte Ausbau der Öffnungszeiten darf gerne auch befristet erfolgen, um danach auszuwerten, ob das erweiterte Angebot auch genutzt wird. Etwas besser beworben dürfte das Hallenbad aber schon noch werden. Allenfalls gäbe es Möglichkeiten, ein Ganzjahres-Abo Badi/Hallenbad anzubieten oder sonstige spezielle Aktionen, Schwimmkurse für spezielle Gruppen oder Events. Die Verwaltung hat da freie Hand.

Die erweiterten Öffnungszeiten des Hallenbads wären eine kompasstaugliche Lösung, welche die Lebensqualität in der Stadt Grenchen erhöht! Der finanzielle Mehraufwand hält sich in Grenzen. Sie bittet daher den Rat, das vorliegende Postulat zu unterstützen.

3.2 Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Peter Brotschi, kann sich grundsätzlich für das Postulat erwärmen. Man ist auch der Meinung, dass die vorhandene Infrastruktur möglichst optimal ausgenutzt wird. Das Hallenbad ist unbestritten eine wichtige Anlage für Sportlerinnen und Sportler, aber auch für Familien, wie es die Minigolfanlage auch ist, worüber im Gemeinderat schon mehrmals diskutiert wurde. Das Hallenbad ist ein Mosaiksteinchen in der Attraktivität der Stadt, gerade unter dem Stichwort Wohnen und Leben. Die CVP erachtet den Ansatz von 3.5 Stunden Reinigung pro Tag auch als sehr hoch. Man müsste schauen, ob man das nicht ein bisschen optimieren könnte. Es soll nicht unsauberer werden, aber es sollen dennoch weniger Stunden benötigt werden. Die CVP bezieht sich auf Ziff. 3.4 der Vorlage und findet es wie die Finanzverwaltung störend, dass anscheinend bis anhin ein Angebot in den Herbstferien in der Schulschwimmhalle von den Ferien des Hauswartes abhängig gemacht wurde. Es sei jedem seine Ferien vergönnt. Die Leute sind schliesslich ferienberechtigt, müssen ihre Ferien im selben Jahr beziehen. Aber hier muss eine andere Lösung gefunden werden. Es kann nicht sein, dass Infrastrukturen ad personam geöffnet werden. Sportschwimmer haben auch immer wieder den Wunsch geäußert, dass eine Bahn abzutrennen ist. Das wurde immer abschlägig behandelt. Sie würden die Leine auch selber installieren und wieder einziehen. Das ist keine Hexerei. In anderen Anlagen wie z.B. im Seminar Solothurn geht das ohne Probleme. Ihm ist mindestens ein halbes Dutzend sportlich ambitionierter Grenchnerinnen und Grenchen bekannt, die nach Solothurn ins Seminar ausweichen. Hier ist mehr Flexibilität erwünscht. Es wird gesagt, dass es schwierig ist, Badeaufsichtspersonal zu finden. Das kann er sich vorstellen. Hier wären die beiden Vereine Blue Star und SLRG gefragt, sie bilden auch die jungen Leute aus und haben sehr viel Wasser zur Verfügung. Dann wäre es gut, wenn sie im Gegenzug auch vermehrt junge Menschen mit der entsprechenden Ausbildung motivieren könnten, die Badeaufsicht zu übernehmen.

3.3 François Scheidegger ist ebenfalls bekannt, dass Schwimmerinnen und Schwimmer aus Grenchen nach Oberdorf, Solothurn und Zuchwil ausweichen.

- 3.4 Gemeinderätin Nicole Hirt findet es einerseits schade, wenn man die Infrastruktur der Bevölkerung nicht zur Verfügung stellen kann. Andererseits ist auch klar, dass Aufwand und Ertrag immer in einem vernünftigen Rahmen sein müssen. Die FDP-glp-Fraktion ist der Meinung, dass das Postulat aufgrund eines entsprechenden Bedürfnisses entstanden ist und deshalb erheblich erklärt werden soll. Es müsste wie ein Pilotprojekt sein, wo man zwei Jahre lang anschaut, wie die Frequenzen sind. Je nachdem, wie das aussieht, würde man dann eine definitive Einführung beschliessen oder das Ganze abbrechen.
- 3.5 Gemeinderat Fabian Affolter erklärt, dass die SVP das auch in der Fraktion diskutiert hat. Sie weiss nicht, ob sie einen Pilot über zwei Jahren möchte. Sie kann es unterstützen, wenn man das Angebot prüft und das Hallenbad einmal während der Herbstferien offen hält. Dann hat man die Zahlen, die Kosten und den Nutzen und kann beurteilen, was es bringt, wenn man überhaupt offen hat. Der Versuch sollte nicht allzu lange dauern.
- 3.6 Peter Brotschi wäre auch für eine Projektphase. Man soll nach zwei Jahren schauen, wie sich die Zahlen entwickelt haben. Es muss keine Doktorarbeit sein.
- 3.7 François Scheidegger stellt fest, dass sich der Gemeinderat einig ist, dass man etwas machen möchte. Die Frage ist, was Sinn macht. Er persönlich findet zwei Jahre etwas gar lang.
- 3.8 Gemäss Hubert Bläsi hat man das intern diskutiert. Man dachte an ein Jahr. Aber man muss eines bedenken: Etwas, das ein Jahr angeboten wird, ist noch nicht eingeführt. Er würde sagen, dass zwei Jahre ein vernünftiger Rahmen sind. Die Schulverwaltung kann dann immer noch von sich aus zurückfahren, wenn es ganz schlecht läuft oder niemand kommt. Man muss ihr die Flexibilität lassen. Wenn man das richtig und gut kommuniziert, kann man zeitnah reagieren. Es gibt allerdings ein Problem mit den Hauswarten. Wie man gesehen hat, wird das Bad sehr stark genutzt. Es gibt Hygienevorschriften und andere Vorschriften, die einzuhalten sind. Dazu kommt, dass die Leute in einem Alter sind, wo sie eine gewisse Anzahl Ferien haben. Dann haben sie die Hauptreinigungen und im Sommer noch entsprechende Reparaturarbeiten, die vorgenommen werden müssen. Da wird es plötzlich knapp. Man kann die Hauswarte nicht während der Schulzeit in die Ferien schicken, weil man sie dann unbedingt gebraucht.
- 3.9 Angela Kummer dankt für die positive Aufnahme. Sie ist ebenfalls für eine Befristung, aber gekoppelt an gewisse Massnahmen (z.B. im Bereich Marketing), damit die Leute wissen, dass es dieses Angebot gibt. Sie nimmt Bezug auf das Votum von Fabian Affolter und meint, dass es ihr um mehr als nur um die Herbstferien geht. Das wäre nicht das, was sie will. Da es ein Postulat ist, möchte sie, dass die Verwaltung prüft, was allenfalls an den Wochenenden und an den Abenden machbar ist. Wenn es den Vereinen nicht passen sollte, kann die Verwaltung beschliessen, was geht.
- 3.10 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno weist noch auf zwei störende Punkte hin, die ihn schon lange beschäftigen und durch die Vorlage noch deutlicher herauskommen. In der Stellungnahme des Finanzverwalters konnte bereits nachgelesen werden, dass es nicht sein darf, wenn während den Schulferien die Öffnungszeiten der Schwimm- und Turnhallen von den persönlichen Ferien der Hauswarte abhängig gemacht werden. Weiter findet man im Anhang der Bestätigung Raumvermietung Blue Stars, dass an Vortagen von ganzen Feiertagen, die Schwimm- und Turnhallen bereits ab 17.00 Uhr geschlossen werden. Von diesen für ihn schwer nachvollziehbaren Regeln, sind die Grenchner Vereine betroffen, welche die bestehende Infrastruktur nicht nützen

dürfen. Dies muss zwingend überprüft und es müssen pragmatische Lösungen gefunden werden. Apropos pragmatische Lösung, diese ist im Halden, wo kein Hauswart mehr auf dem Gelände wohnt, bereits mit einem Schlüsselkästli und dem entsprechenden Code installiert und funktioniert tadellos.

- 3.11 Gemäss François Scheidegger ist das so im Reglement geregelt. Das würde bedeuten, dass man das Reglement anpassen müsste.
- 3.12 Fabian Affolter ergänzt namens der SVP, dass sie auch mit zwei Jahren leben kann, d.h. dass man das Pilotprojekt nicht nur während den Herbstferien, sondern während des ganzen Jahres laufen lässt.
- 3.13 François Scheidegger stellt fest, dass Konsens herrscht und macht beliebt, dass man das Projekt jetzt einmal so startet. Vielleicht wäre es gut, wenn die Schulverwaltung dem Gemeinderat in einem oder zwei Jahren Bericht erstatten könnte.
- 3.14 Gemeinderat Ivo von Büren bezieht sich auf das Votum von Matthias Meier-Moreno. Wenn man jetzt nicht beschliesst, das Reglement zu überarbeiten, kann man keine Änderungen herbeiführen. Müsste man heute nicht beschliessen, das Reglement anzupassen?
- 3.15 François Scheidegger meint, dass man das jetzt nicht einfach so schnell machen kann. Ivo von Büren müsste einen Vorstoss einreichen. Die Verwaltung kann das schon entgegen nehmen, es anschauen und nochmals mit einer Vorlage kommen.
- 3.16 Hubert Bläsi erwähnt, dass er als Gemeinderat genau so einen Vorschlag eingereicht hat. Es ist damals einfach an gewissen Daten und Schwierigkeiten in Bezug auf die Hauswarte und ihre Rechte gescheitert. Deshalb muss man es genau anschauen. Er versteht auch, dass sich die Hauswarte, wenn sie ihre Reglemente haben, danach richten. Deshalb muss man den Weg gehen.
- 3.17 Angela Kummer erklärt, dass die SP das auch diskutiert hat. Ihr sind die Öffnungszeiten Turnhallen ebenfalls ein Anliegen. Sie fand aber, dass es besser ist, wenn man jetzt nicht alles in ein Päckchen packt, sondern Schritt für Schritt vorwärts geht. Für sie ist diese Diskussion ebenfalls noch nicht abgeschlossen.
- 3.18 Laut François Scheidegger ist das schon lange ein Thema, das man angehen sollte. Es ist auch immer wieder ein Ärgernis.
- 3.19 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Postulat wird erheblich erklärt

Vollzug: KZL

GSL
SV
BD
FV

3.4.1 / acs

Teilzonenplan Schlachthausstrasse GB Nr. 1809 / Umzonung von der Arbeitszone 1 in die Wohnzone / Antrag zur öffentlichen Auflage

Vorlage: BAPLUKB 92/03.12.2018:

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Brigger fasst anhand einer Präsentation die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen (s. Beilage).

2 Eintreten

2.1 Nach Auffassung von Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ist die angestrebte Umzonung von der Arbeits- in die Wohnzone aus raumplanerischer Sicht absolut sinnvoll. Sie beendet eine ungewöhnliche Insellösung des Grundstücks GB Nr. 1809 und trägt der inneren Verdichtung des Siedlungsgebiets bei. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt den Anträgen so zu.

2.2 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann ausführt, wurde die Vorlage bereits in der BAPLUK eingehend diskutiert. Die Umzonung im Nutzungsplan von der Arbeitszone 1 in die Wohnzone mit Beibehaltung der Bauklasse 3 ist sinnvoll und nachvollziehbar. Das ehemalige Industriegebäude (ex-Kaltbrunner) ist in einem maroden Zustand und wird als solches schon seit Jahren nicht mehr genutzt. Das bewilligte Abbruchgesuch sowie die geplante Wohnüberbauung bekräftigen und rechtfertigen das Vorgehen der Umzonung. Gespannt ist die SP-Fraktion auf die Ergebnisse der Abklärung bezüglich der Frage zur Mehrwertabgabe. Dies soll ja bekanntlich in einem neuen Reglement geklärt werden. Tatsache ist, dass sich der Grundstückswert bei einer Nutzungsänderung Industriezone zur Wohnzone im Minimum verdoppelt. Die SP ist für Eintreten auf dieses Geschäft und stimmt dem Teilzonenplan Schlachthausstrasse gemäss Beschluss zu.

2.3 Wie Gemeinderat Marc Willemin ausführt, unterstützt die SVP-Fraktion die Erwägungen der Stadtplanung sowie den einstimmigen Beschluss der BAPLUK und wird dem Geschäft zustimmen. So wird ein unschönes Objekt an der Bahnlinie, das die vorbeifahrenden Passagiere bisher sahen, entfernt. Es hat noch genügend Baracken im Bereich Güterbahnhof, die man anschauen kann!

2.4 Für Gemeinderat Konrad Schleiss, BAPLUK-Präsident, geht es hier um das Aufräumen. Die FDP-glp-Fraktion hofft, dass es guten Wohnraum gibt und ein Bijou aus der nicht so erklecklichen Situation entsteht.

- 2.5 Stadtpräsident François Scheidegger hat noch eine Bemerkung zum Thema Mehrwertabgabe: Man wollte erst im Rahmen der Ortsplanungsrevision darüber beschliessen, ob man seitens Stadt Grenchen auch eine Mehrwertabgabe erheben will. Das ist fakultativ, bis zu insgesamt 40 Prozent (20 Prozent Kanton und 20 Prozent Gemeinde) sind möglich. Das kann man machen, aber es braucht eine gesetzliche Grundlage. Darüber, ob man das wirklich umsetzen will, muss noch ausführlich diskutiert werden. Soweit ist man einfach noch nicht. Nur damit das klargestellt ist: Das Reglement wird auch keine Rückwirkung haben. Wenn der Gemeinderat den Teilzonenplan heute so genehmigt, wird aufgrund des Rückwirkungsverbots keine Mehrwertabgabe eingefordert werden können. Er weiss von keiner Gemeinde, die bis jetzt so ein Reglement verabschiedet hätte.
- 2.6 Aquil Briggen weiss auch von keiner Gemeinde, er hat aber auch nicht recherchiert. Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Dem Teilzonenplan „Schlachthausstrasse GB Nr. 1809“ wird zugestimmt.
- 4.2 Die Baudirektion wird beauftragt, den Teilzonenplan „Schlachthausstrasse GB Nr. 1809“ während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.
- 4.3 Sofern der Gemeinderat nicht über Einsprachen zu entscheiden hat, ist der Teilzonenplan nach erfolgter Auflage direkt dem Regierungsrat zur Genehmigung einzureichen.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD

7.9.1 / acs

Agglomerationsprogramm Grenchen: Statuten Trägerverein

Vorlage: BD/04.01.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen (s. Beilage).

1.2 Laut Stadtpräsident François Scheidegger geht es heute um die Trägerschaft. Dazu braucht es die drei Gemeinden. Man ist bemüht, das Gebilde möglichst schlank zu halten, d.h. die Statuten können auch relativ einfach wieder angepasst werden. Die Herausforderung war, keine Delegiertenversammlung durchführen zu müssen, sonst wird es unglaublich schwerfällig. Man hat sich dabei am Muster „Verein AareLand“ orientiert, wo das so gemacht wurde. Es gibt einfach die Mitgliederversammlung. Ob darin neben den Gemeindepräsidenten noch ein oder zwei Gemeinderäte sind, ist nicht so wichtig. Man hat jetzt einen Gemeinderat pro Gemeinde vorgeschlagen. Er macht beliebt, dass man dann dem Verein die Kompetenz gibt, über solche Fragen zu entscheiden. Das ist nicht matchentscheidend. Sonst muss man nochmals mit einer Vorlage in den Gemeinderat kommen. Das sind wirklich Details. Im Übrigen hat man keine Erfahrung. Wenn sich das Gebilde nicht bewähren sollte, können die Statuten wieder angepasst werden. Die Einwohnergemeinde Lengnau möchte eine Trennung von Mitgliedern und Vorstand (Gemeindepräsidenten). Das kann er nicht ganz nachvollziehen. Wahrscheinlich ist hier wohl im Hintergrund der Gedanke der Delegiertenversammlung. Es gibt wohl niemand, der einen Verein kennt, wo die Vorstandsmitglieder nicht selbst Mitglieder des Vereins sind.

2 Eintreten

2.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno erklärt, dass die CVP-Fraktion für Eintreten ist und den Anträgen so zustimmt. Bei der Detailberatung der Statuten hat er dann noch zwei redaktionelle Hinweise.

2.2 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, ist für Eintreten. Ihr bereitet es aber keine Freude, dass der Kanton Solothurn Stimmrecht erhalten soll. In naher Vergangenheit ist der Kanton der Stadt nicht sehr positiv aufgefallen, er hat für die Stadt Grenchen negative Entscheide gefällt. Der SVP passt nicht, dass die beiden Kantone Solothurn und Bern Mitglieder mit Stimmrecht sein sollen. Das sollte man gut abklären. Wenn es halt dann so sein soll, kann sie damit leben. Sie stimmt auch dem Namen „Aggloverein Grenchen“ zu.

- 2.2.1 François Scheidegger meint, dass man den Kanton braucht. Er redet auch nicht rein, sondern macht mit, hilft mit. Man kann auch froh sein, dass er bereit ist, beim Projekt mitzuarbeiten, sonst schafft man es auch nicht in dieser Zeit. Er möchte das Projekt nicht ohne Kanton durchführen. Das würde nicht gehen. So ist der Kanton auch in der Pflicht. Man macht dann sicher nicht irgendetwas im luftleeren Raum, sondern kann davon ausgehen, dass das Ganze in sich schlüssig ist. Er sieht das nicht so problematisch.
- 2.2.2 Gemeinderat Peter Brotschi schliesst sich dem Stadtpräsidenten an. Wenn man dem Kanton eine abschlägige Antwort geben würde, wäre das nicht unbedingt ein guter Start für das Projekt. Der Kanton unterstützt jetzt das Projekt Agglomeration Grenchen. Früher wurde immer gesagt, dass man zu klein ist. Jetzt ist er im Boot. Dann sollte man diesen Umstand auch nutzen.
- 2.3 Gemäss Gemeinderat Reto Gasser ist die FDP-glp-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage. Man wird in der Detailberatung noch mit gewissen Änderungen kommen. Wenn man die Statuten anschaut, sind sie schlank, knackig und nicht überladen. Es braucht eine Struktur, um das Agglomerationsprogramm durchbringen zu können. Man kann es nicht im luftleeren Raum machen. Das heisst, ein Zweckverband wäre überrissen, keine Struktur wäre auch nicht gut. Ein Verein ist der richtige Mittelweg. Die Statuten sind in der gebotenen Kürze gehalten. Was nicht in den Statuten drin ist, steht meistens noch im Gesetz. Er findet es auch richtig, dass man hier nicht jedes Detail festhält. Das bietet Flexibilität. Vielleicht hat man jetzt nicht an jede Einzelheit gedacht. Die Statuten kann man jederzeit schnell ändern. So schlank wie der Verein jetzt ist, ist man auch flexibel, wenn es Anpassungen braucht. Er befürwortet, dass man eine Kommission für das Operative hat. Das ist bietet Flexibilität und Schlankheit im Gesamtkonstrukt. Die Inputs der Einwohnergemeinde Lengnau kann man jetzt noch nicht kommentieren. Als Jurist kann er sagen, dass er noch nie einen Verein gesehen hat, bei dem die Vorstandsmitglieder nicht Mitglieder des Vereins sind. Das würde ja einem Verein zuwiderlaufen. Er findet den Namen AGU besser als Aggloverein. Er begrüsst, dass die Kantone Solothurn und Bern Mitglieder mit Stimmrecht sind. Die Kantonsvertreter sind die, welche einen mitunter coachen und auf den richtigen Weg bringen können, so dass man nicht plötzlich nach zwei Jahren völlig falsch liegt, einen riesigen Aufwand betrieben hat und es am Ende heisst, dass das Agglomerationsprogramm so nicht durchkommt. Die Kantonsvertreter reden nicht rein, sondern übernehmen eine Coaching-Funktion und setzen Leitplanken. Das muss man als Chance sehen. Sie sollen auch etwas zahlen (vgl. Mitfinanzierung Zukunftsbild). Hier muss noch mit den Kantonen verhandelt werden. Vielleicht können hier auch die Kantonsräte noch etwas ausrichten.
- 2.4 Gemeinderat Daniel Hafner führt aus, dass die SP-Fraktion den Antrag in allen Punkten unterstützt. In den Statuten steht, dass es Mitglieder mit Stimmrecht und assoziierte Mitglieder ohne Stimmrecht gibt. Vielleicht wäre eine Variante, dass man die Kantone jeweils als assoziiertes Mitglied ohne Stimmrecht aufnimmt. Dann können sie eine gewisse Wirkung entfalten, besitzen aber letztlich kein Stimmrecht.
- 2.4.1 Laut François Scheidegger hat man hier an andere Sachen gedacht, an Gemeinden wie z.B. Arch oder an die BGU. Die Kantone will man ganz einbinden.
- 2.5 Gemäss Aquil Briggen sind die Kantone Solothurn und Aargau im Verein AareLand auch mit Stimmrecht dabei. Im Verein „Agglomerationsprogramm Talkessel Schwyz“, der ihm auch als Beispiel gedient hat, ist das nicht so. Der Kanton Solothurn ist bei anderen kantonalen Programmen jeweils auch dabei.

Wenn man pro Gemeinde je einen Gemeindepräsidenten und einen Gemeinderat hat, sind das 6 Mitglieder (mit je 2 Gemeinderäten pro Gemeinde wären es bereits 9) plus je einen Vertreter der Kantone Solothurn und Bern. Das bedeutet, dass ein Kantonsvertreter nicht so stimmgewaltig ist.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Vorlage

3.1.1 Reto Gasser bezieht sich auf Ziff. 2.7, 2. Abs., wonach für die Aggloprogramm - Kommission ein fachkundiges Behördenmitglied bestimmt werden soll (Bau-/Planungskommission, GR). Wenn ein Gemeinderat Präsident der BAPLUK ist, ist es meist naheliegend, diesen für diese Aufgabe vorzusehen.

Im Auftrag der FDP-glp-Fraktion macht Reto Gasser beliebt, dass immer eine Vertretung (Präsident) der BAPLUK in der Aggloprogramm - Kommission ist, egal ob dieser Gemeinderat ist oder nicht.

3.2 Statutenentwurf

3.2.1 Art. 1 *Name*

3.2.1.1 Gemeinderat Fabian Affolter erkundigt sich, ob man nicht den Namen Aggloverein Jurasonnenseite nehmen könnte.

3.2.1.2 Das war ein erster Arbeitstitel, so Aquil Briggen, der aber wieder verworfen wurde, weil man die Jurasonnenseite nicht als Verein institutionalisieren will. Man hat „Jurasonnenseite“ als Marketinginstrument und will es nicht vermischen.

3.2.1.3 Laut François Scheidegger kam der Einwand von Bettlach. Man möchte das sauber trennen. Bettlach kam dann mit dem Namen Wandfluh, der auch abgelehnt wurde.

3.2.1.4 Reto Gasser bezieht sich auf den Namensvorschlag AGU (Agglomeration Grenchen und Umgebung) von Lengnau. Kann man heute darüber befinden oder steht der Name AGU schon fest? Der Name würde ihm noch passen.

3.2.1.5 Aquil Briggen erklärt, dass man beschliessen kann, dass man den Vorschlag von Lengnau unterstützt.

3.2.1.6 Konrad Schleiss äussert sich zum Begriff Agglomeration. Das heisst Ballungsraum. Agglomeration ist gemäss Bundesamt für Statistik Lengnau, Grenchen, Bettlach. Das Wort „Umgebung“ ist in diesem Zusammenhang falsch. Der Raum ist klar auf 3 Gemeinden begrenzt.

3.2.2 Art. 3 *Aufgaben*

3.2.2.1 Matthias Meier-Moreno verweist auf die Doppelnennung im Satz „*Dem Verein Aggloverein Grenchen obliegen die folgenden Aufgaben: ...*“. Das Wort „Verein“ ist zu streichen.

3.2.3 Art. 5 *Mitglieder*

3.2.3.1 In Abs. 2, so Matthias Meier-Moreno, sind folgende zwei Mitglieder mit Stimmrecht zu ergänzen: d) Kanton Solothurn und e) Kanton Bern.

3.2.4 Art. 16 *Beschlussfassung und Kompetenzen*

3.2.4.1 Aquil Briggen hat noch eine Ergänzung, die vom Kanton gewünscht wird. Im 3. Satz des Abs. 1 sollte es heissen: „*Bei Stimmengleichheit gibt der Präsident bzw. dessen Vertreter den Stichentscheid.*“ Denn in Ziff. 15. Abs. 2 steht, dass sich „*die Vorstandsmitglieder durch die jeweiligen Vizegemeindepräsidenten vertreten lassen können*“.

3.2.4.2 Für Matthias Meier-Moreno macht das Wort „*Leitung*“ in Abs. 2 keinen Sinn. Das müsste verständlicher formuliert werden.

3.2.4.3 Peter Brotschi schlägt folgende Formulierung vor: „*Der Vorstand trifft alle Entscheidungen, welche die Leitung und laufenden Geschäfte des Vereins betreffen, die laut den Statuten nicht in die Zuständigkeit der Vereinsversammlung fallen.*“

3.2.4.4 François Scheidegger schlägt vor, dass der Gemeinderat der Mitgliederversammlung die Kompetenz erteilt, die Statuten zu bereinigen.

3.2.5 Art. 18 *Zusammensetzung*

3.2.5.1 Laut Aquil Briggen macht der Kanton auf eine Diskrepanz zwischen Abs. 2 und dem vorliegenden Organigramm aufmerksam. Im Organigramm sind die Experten auf Stufe Vorstand angesiedelt. Das Feld „*Externe Berater*“ müsste seitlich des Ausschusses AGK eingefügt werden.

3.3 Anträge und Beschlussentwurf

3.3.1 Ziff. 4.1 wird gemäss den Erwägungen einstimmig gutgeheissen.

3.3.2 Folgende neue Ziff. 4.2 wird einstimmig gutgeheissen: „*Der Mitgliederversammlung wird die Kompetenz gegeben, geringfügige Anpassungen der Statuten im Sinne der Diskussion vorzunehmen.*“

3.3.3 Ziff. 4.3 (ursprüngliche Ziff. 4.2) wird wie folgt abgeändert: „*Der/die jeweilige Präsident/in der Bau-, Planungs- und Umweltkommission hat Einsitz in der Aggloprogramm - Kommission.*“ Das heisst mit der Funktion Präsident/in BAPLUK ist jeweils dieses Mandat verbunden.

Der Antrag wird mit 12 : 3 Stimmen gutgeheissen.

3.3.4 Wie François Scheidegger ausführt, sind gemäss Art. 10 Abs. der Statuten „*alle Mitglieder in der Mitgliederversammlung mit dem jeweiligen Gemeindepräsidenten und einem Gemeinderat vertreten*“. Gesetzt den Fall, dass der/die jeweilige Präsident/in der BAPLUK kein Gemeinderat bzw. keine Gemeinderätin wäre und sich keine Personalunion ergeben würde, müsste jemand zusätzlich gewählt werden.

Ziff. 4.4 (ursprüngliche Ziff. 4.3) wird grossmehrheitlich gutgeheissen. *Der nominierte Gemeinderat Konrad Schleiss enthält sich der Stimme.*

Es ergeht folgender

4 Beschluss

4.1 Der Gemeinderat genehmigt die Gründung des Agglovereins Grenchen mit den Statuten und dem Organigramm gemäss den Erwägungen.

4.2 Der Mitgliederversammlung wird die Kompetenz gegeben, geringfügige Anpassungen der Statuten im Sinne der Diskussion vorzunehmen.

- 4.3 Der/die jeweilige Präsident/in der Bau-, Planungs- und Umweltkommission hat Einsitz in der Aggloprogramm - Kommission.
- 4.4 Der Gemeinderat bestimmt Gemeinderat Konrad Schleiss als zusätzlichen GR-Vertreter für die Mitgliederversammlung des Agglovereins Grenchen.

Vollzug: BD, Stadtpräsidium

Beilage: Präsentation BD/22.01.2019

BD
GR Konrad Schleiss
Gemeinde Lengnau
Gemeinde Bettlach
ARP Kt SO

7.9.1 / acs

Interpellation Fraktion CVP: Smart City: Beantwortung

Vorlage: KZL/26.11.2018

1 Mit Datum vom 20. November 2018 reichte die CVP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner Matthias Meier-Moreno):

1.1 Interpellationstext:

Der Gemeinderat setzt sich im Moment intensiv mit der Standortentwicklung auseinander und ist bestrebt, den Kompass neu auszurichten. Dabei liegt unser Fokus klar auf Leben und Wohnen. Um unsere Stadt effizienter, technologisch fortschrittlicher, verkehrssicherer und attraktiver zu gestalten, müssen wir Grundlagen schaffen.

Um Entscheidungsgrundlagen für die zukünftige Standortentwicklung zu haben, muss die Stadt das Verkehrsaufkommen und das Verkehrsverhalten genau kennen. Aus diesem Grund haben einige Städte „Smart Traffic“-Initiativen ins Leben gerufen, um den Verkehrsfluss sowie die Verkehrs- und Infrastrukturplanung gemäss den aktuellen und künftigen Bedürfnissen zu prognostizieren und zu optimieren. Die Gemeinde Pully (VD) hat beispielsweise die Dienste von Swisscom „Smart City“ zur Analyse anonymisierter und aggregierter Mobilfunkdaten genutzt, um den Verkehrsfluss im Zentrum der Stadt zu optimieren und künftige Infrastrukturinvestitionen besser zu planen.

Mithilfe des Smart City-Programms von Swisscom könnten wir die Entscheidungsgrundlagen für den Verkehrsfluss und die daraus resultierenden Verkehrsprojekte gewinnen und die Standortentwicklung gezielt angehen. Als Technologiestadt im Grünen, würde es uns gut anstehen, mit Innovation und neuen Technologien auf städtische Probleme zu reagieren. Als „Smart City“ würden wir dementsprechend angesehen werden - klug, clever und besser!

Aus diesem Grund bitten wir den Stadtpräsidenten respektive die Stadtverwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

- 1 *Hat sich die Verwaltung mit dem Projekt Smart City von Swisscom bereits auseinandergesetzt?*
- 1.1 *Wenn ja mit welchem Resultat? / Wenn nein wieso nicht?*
- 2 *Sieht der Stadtpräsident / die Verwaltung gewinnbringende Synergien zwischen Smart City und der Standortentwicklung „Kompass“?*

3 *Ist der Stadtpräsident bestrebt, eine Zusammenarbeit mit Smart City der Swisscom zu prüfen?*

2 Beantwortung

2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Baudirektion in Koordination mit der Polizei Stadt Grenchen beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmentenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

3.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno dankt für die Beantwortung seiner Fragen und muss zugleich feststellen, dass noch vieles unklar ist, jedoch zukunftsweisenden Charakter hat, aber man sich bisher noch nicht fundiert mit „Smart City“ auseinandergesetzt hat. Er sieht darin eine echte Chance, die Stadt Grenchen zu positionieren, denn sie ist eine Technologiestadt im Grünen, die sich die neusten Technologien zu Nutzen machen könnte. Die Swisscom ist nach wie vor auf der Suche nach Pilotstädten für Smart City, zu welcher man werden könnte. Wie in der Beantwortung herauskommt, müssten genauere Abklärungen und Vergleiche mit alternativen Angeboten vorgenommen werden, dazu braucht es aber einen klaren Auftrag. Diesen kann er mittels Postulat nachliefern. Er ist teilweise befriedigt von der Antwort.

3.2 Laut François Scheidegger ist Smart City ein grosses Wort. Er war letzthin an einem Seminar der Hauptstadtregion Schweiz, wo das auch ein Thema war. Smart City ist weit mehr als das Projekt der Swisscom, sie will einfach Geld verdienen, was gut und recht ist. Man ist eigentlich dran und hat das auch schon diskutiert. Er ist auch der Meinung, dass man in Richtung Smart City gehen muss. Er sieht das aber in einem grösseren Kontext.

4 Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD
Stapo

0.9 / acs

Personalvorsorgekommission: Wahl eines zweiten Arbeitgebervertreters

Vorlage: KZL/10.12.2018

Stadtpräsident François Scheidegger begibt sich als Nominierter in den Ausstand. Vize-Stadtpräsident Remo Bill übernimmt den Vorsitz bei diesem Geschäft.

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill fasst die Vorlage kurz zusammen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Stadtpräsident François Scheidegger wird rückwirkend per 01.01.2019 als zweiter Arbeitgebervertreter für die Stadt in die neue Personalvorsorgekommission gewählt.

Vollzug: KZL

Stadtpräsident François Scheidegger
KZL (Behördenverzeichnis)
PA

0.2.2 / acs

Wahl in den Partnerschaftsausschuss

Vorlage: KZL/03.12.2018

Gemeinderat Ivo von Büren begibt sich als Nominierter in den Ausstand.

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage kurz zusammen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der Partnerschaftsausschuss wird für den Rest der Amtsperiode 2017 - 2021 in folgender Zusammensetzung bestellt:

Faulhaber Milton	Tannhofstrasse 12	FDP	(bisher)
Schindler Nathalie	Im Breitholz 8	SP	(bisher)
von Büren Ivo	Quartierstrasse 11	SVP	(bisher)

Zu eröffnen an: Gewählte

Vollzug: KZL/Stadtpresidium (Vereidigung)

Stadtpresidium
KZL (Behördenverzeichnis)
KSF

0.1.8 / acs

Verein Spitex Grenchen: Wahl in den Vorstand einer zweiten politischen Vertretung für den Rest der Amtsperiode 2017 - 2021

Vorlage: KZL/03.12.2018

Vize-Stadtpräsident Remo Bill begibt sich als Nominierter in den Ausstand.

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 François Scheidegger fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, ist für Eintreten und sieht es als positiv an, wenn eine Vertretung des Gemeinderates Einsitz im Spitex-Vorstand hat. Man sollte aber auch den bisherigen Stadtvertretern zu erklären, was ihre Funktion in der Institution ist, nämlich die Stadt Grenchen zu vertreten und nicht die Spitex.

2.2 Gemäss François Scheidegger ist das ein Phänomen, das es immer wieder gibt, dass sich die Leute, die in den Organisationen sind, mit diesen identifizieren. Das kennt man auch von der SWG. Im Übrigen ist das mit den Vertretungen ohnehin ein Auslaufmodell. Der Kanton hat sich mehr oder weniger aus allen solchen Vertretungen zurückgezogen und arbeitet dort, wo es nicht anders geht, mit Leistungsverträgen. Denn plötzlich hat man zwei Hüte an. Es wurde bereits mit der bisherigen Stadtvertreterin gesprochen. Es ist nicht immer so einfach, das auseinander zu halten. Es sind oft Schönwetter-Organisationen. Ist es plötzlich anders und besteht Handlungsbedarf, muss sich die städtische Vertretung irgendeinmal fragen, was ihre Aufgabe ist, was die Haltung der Stadt ist und welche Interessen sie vertreten muss. Er nimmt das Anliegen so entgegen. Die Stadt hat auch Fehler gemacht und nicht immer an die Vertretungen gedacht.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 als Vertreter der Stadt Grenchen in den Vorstand des Vereins Spitex Grenchen gewählt.

Zu eröffnen an: Spitex-Verein, Girardstrasse 17, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL

Vize-Stadtpräsident Remo Bill
FV
SDOL

4.1.1.1 / acs

Dringliche Motion Remo Bill (SP): Traktandierung des Geschäfts "Informationen der SWG zur Strategie und zu aktuellen Themen" für GR-Sitzung vom 26. Februar 2019: Beschluss über Dringlichkeit und Erheblicherklärung

1 Mit Schreiben vom 22. Januar 2019 reicht Remo Bill (SP) folgende dringliche Motion ein:

1.1 Motionstext

Antrag

Für die Sitzung des Gemeinderates vom 26. Februar 2019 ist folgendes Geschäft zu traktandieren: „Informationen der SWG zur Strategie und zu aktuellen Themen“.

Begründung

Zur Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Umstand, dass die SWG den Gemeinderat am 26. Februar 2019 zu einer Informationsveranstaltung im Tissot-Veldodrome eingeladen hat. Da es sich um den nächsten GR-Sitzungstermin handelt, hat der Gemeinderat heute über die Traktandierung zu beschliessen.

Zur Sache:

Grundsätzlich ist zu begrüessen, dass der Verwaltungsrat SWG den Gemeinderat als Eigner-Vertreter informieren will. Es ist jedoch nicht einzusehen, wieso dies erst nach der Gemeinderats-Sitzung und erst noch im stillen Kämmerlein erfolgen soll. Es gilt das Öffentlichkeitsprinzip und die Information kann im Rahmen einer ordentlichen Gemeinderats-Sitzung stattfinden. Gerade im Lichte der aktuellen Diskussionen scheint es mir wichtig, dass offen und transparent informiert wird.

Vielleicht könnte im Anschluss an die Gemeinderatssitzung noch ein gemeinsamer Apéro stattfinden, damit auch Raum für den persönlichen Austausch zwischen Gemeinderäten und Verwaltungsräten geschaffen wird.

Bei dieser Gelegenheit mache ich zudem beliebt, dass die SWG mindestens einmal jährlich zu einem Reporting aufgeboten wird, wie dies bei anderen Organisationen auch gehandhabt wird.

2 Begründung der Dringlichkeit durch den Motionär

- 2.1 Gemäss Vize-Stadtpräsident Remo Bill hat der Gemeinderat mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung die Einladung vom 11. Januar 2019 zu einem gemeinsamen Austausch mit dem Verwaltungsrat SWG erhalten. Die Einladung erging von Stadtpräsident François Scheidegger, VR-Präsident SWG, er hat dies im Auftrag des Verwaltungsrates SWG getan. Der Anlass wäre am 26. Februar 2019 nach der GR-Sitzung. François Scheidegger und er sind der Meinung, dass ein Austausch stattfinden soll, aber nicht im stillen Kämmerlein, sondern innerhalb einer GR-Sitzung. Falls der Gemeinderat der Motion heute zustimmt, kann man den Austausch vorbereiten und ihn für die nächste GR-Sitzung ordentlich traktandieren. Die Motion ist dringlich, weil jetzt dann Sportferien sind. Man möchte einen Meinungsaustausch mit dem Verwaltungsrat SWG und konstruktiv mit ihm zusammenarbeiten.

3 Erläuterungen zur Dringlichkeit

- 3.1 Für François Scheidegger geht es darum, wer wen einlädt. Die Einladung ins Tissot Velodrome war gut gemeint vom Verwaltungsrat SWG. Es ist wichtig, dass man den Austausch durchführt. Das ist überhaupt nicht bestritten. Die Dringlichkeit ist begründet, weil heute darüber entschieden werden muss, ob das Geschäft für den nächsten Gemeinderat traktandiert werden soll.

4 Diskussion

- 4.1 Gemeinderat Peter Brotschi kann der dringlichen Motion zustimmen. Ihm ist das in der Fraktionssitzung ebenfalls aufgefallen, er hat auch den Ortswechsel nach der GR-Sitzung eigentlich nicht gern. Im Übrigen möchte er der Verwaltung sagen, dass es gut ist, wenn man nach der GR-Sitzung noch beieinander ist. Man sollte es aber nicht überstrapazieren, so dass man nach jeder GR-Sitzung irgendetwas hat. Die GR-Mitglieder haben schon lange Tage hinter sich. Es wird dann wirklich fast schon unendlich. Er persönlich kommt lieber zu einem anderen Zeitpunkt, z.B. von 18.00 bis 20.00 Uhr.
- 4.2 Gemeinderat Reto Gasser findet es richtig, dass der Motionär verlangt, dass der Verwaltungsrat SWG hierherkommen soll. Es geht auch ein wenig um das Symbolische. Der Gemeinderat ist Vertreter der Eignerin, deshalb sollen die VR-Mitglieder zum Gemeinderat kommen und nicht der Gemeinderat muss bei ihnen antraben. Das wäre völliger Blödsinn. Deshalb ist es korrekt, was der Motionär mit seinem Anliegen verfolgt.
- 4.3 Gemeinderat Marc Willemin hat das Gleiche schon anlässlich der GR-Sitzung vom 20. November 2018 vorgeschlagen und kann nur unterstützen, was Remo Bill im Sinn hat.
- 4.4 Für François Scheidegger geht es auch um Transparenz. Der Austausch soll öffentlich und nicht im versteckten Kämmerlein passieren. Man könnte anschliessend noch einen Apéro organisieren, damit man sich persönlich austauschen kann.

Es ergeht mit einstimmig folgender

5 Beschluss

5.1 Die dringliche Motion wird erheblich erklärt

Stadtpräsident
Per Just, Geschäftsleiter SWG
VR SWG

8.7 / acs

Motion Fraktion SP: Verkauf von Panaiia & Crausaz AG: Einreichung

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reicht die SP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner Vize-Stadtpräsident Remo Bill):

1.1 Motionstext

Antrag

Der Verwaltungsrat SWG wird angehalten, die Firma Panaiia & Crausaz AG zu den bestmöglichen Konditionen zu verkaufen.

Begründung

Die SWG erwarb 2013 100 Prozent des Aktienkapitals an der Bauunternehmung Panaiia & Crausaz AG. P&C AG ist im Strassenbau tätig. Die SWG zieht die P&C AG vor allem im Bereich von Tiefbauarbeiten zum Zwecke des Leitungsbaus bei. Derzeit erwirtschaftet P&C AG rund 60 Prozent ihres Umsatzes mit Aufträgen der SWG.

Der seinerzeitige Erwerb sowie die Vergabe von Aufträgen der SWG bildete wiederholt Gegenstand von öffentlicher Kritik und wurde auch im Gemeinderat thematisiert. Dabei ging es primär um submissionsrechtliche Fragen.

Es gibt durchaus sachlich Gründe, welche diesen Kauf als richtig erscheinen lassen.

Ordnungspolitisch handelt es sich aber nach Meinung des Motionärs um einen Sündenfall:

Der Gemeinderat war zuvor nicht konsultiert worden, obwohl dies angesichts der strategischen Bedeutung des Entscheids zweifellos angezeigt gewesen wäre.

Seit der Übernahme der Firma ist die Kritik aus verschiedensten Kreisen nicht verstummt und dadurch wurde auch die sehr erfolgreiche SWG in Misskredit gebracht.

Letztlich handelt es sich um einen politischen und nicht um einen unternehmerischen Entscheid, ob die zu 100 Prozent der Stadt gehörende SWG weiterhin eine eigene Baufirma betreiben soll. Der Pickettdienst kann gewährleistet werden, ohne dass gleich eine ganze Baufirma dazu gehört.

Der Motionär ist der Auffassung, dass mit einem Verkauf der Baufirma den ewigen Diskussionen ein Ende bereitet werden kann, was sicher auch im Interesse der SWG liegt. Der SWG soll der Rücken freigehalten werden, damit sie sich voll und ganz ihrem Kerngeschäft und den anstehenden Herausforderungen widmen kann.

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

SWG
RD

8.7 / acs

Motion Robert Gerber (FDP.Die Liberalen): Tarifmässige Wiedereinführung von Kurzzeitparkplätzen und der Aufhebung der Mindestparkgebühr von einem Franken vor den Grenchner Detailhandelsgeschäften: Einreichung

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reicht Robert Gerber (FDP.Die Liberalen) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

Der Stadtpräsident wird ersucht, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der Parkgebühren in den Zonen K1, K2, K3, K4 und K5 vorzulegen, welche die Aufhebung der Minimalparkgebühr von einem Franken vorsieht, so dass auch tarifmässig wieder Kurzzeitparkplätze zur Verfügung stehen.

Begründung:

Der Gemeinderat hat am 13. Dezember 2016 einer generellen Erhöhung der Parkgebühren zugestimmt. Dabei erfuhren die Parktarife teilweise eine Verdoppelung und es wurde auf allen Kurzzeitparkplätzen auch eine von der Parkdauer unabhängige Mindestgebühr von einem Franken eingeführt. Diese Tarifstruktur zieht komisch anmutenden Tarifverzerrungen nach sich und ist der Standort- und Zentrumsförderung abträglich. Zudem führte diese Regelung zu Verstimmungen in Gewerbekreisen.

Beispielsweise muss für die Benützung der eigentlichen Kurzzeitparkplätze (Kurzeinkauf beim Metzger, Postfach leeren etc.) auf Parkplätzen mit einer maximalen Parkzeit von 30 Minuten (Bahnhofstrasse, Solothurnstrasse, Bielstrasse, Centralstrasse etc.) auch bei einer „Miniparkzeit“ von wenigen Minuten eine Mindestgebühr von einem Franken entrichtet werden, während das Parkieren im Parkhaus Coop/Zentrum in der ersten Stunde kostenlos ist.

Die tarifmässige Wiedereinführung von Kurzzeitparkplätzen und die Aufhebung der Mindestparkgebühren, ist einerseits als wirksame Standort- und Zentrumsförderung für die Grenchner Ladengeschäfte und als logische Konsequenz des Slogans „z'Gränche poschte“ zu verstehen. Andererseits verschwinden die Verzerrungen zwischen den Parkkosten im Parkhaus des Grossverteilers (Coop) und vor den einzelnen Grenchner Detailhandelsgeschäften bis zu einem gewissen Grad.

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

Stapo
RD

Motion Peter Brotschi (CVP): Prüfungsauftrag zur Vergrösserung des Gemeinderats der Einwohnergemeinde der Stadt Grenchen: Einreichung

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reicht Peter Brotschi (CVP) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

Das Stadtpräsidium wird um die Prüfung gebeten, ob der Gemeinderat der Einwohnergemeinde der Stadt Grenchen auf Beginn der Legislaturperiode 2021 - 2025 vergrössert werden sollte.

Begründung

Vor gut einer Generation wurde der Gemeinderat der Stadt Grenchen um die Hälfte von 30 auf 15 Mitglieder verkleinert. Es ist also an der Zeit, die Zahl der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wieder einer Prüfung zu unterziehen. Der Motionär kann sich allerdings eine weitere Verkleinerung des Gemeinderats nicht vorstellen, da dadurch nochmals weniger Menschen in die politischen Abläufe und Entscheidungen mit einbezogen würden in einer Stadt, die bald 18'000 Einwohnerinnen und Einwohner aufweist.

Die Überprüfung sollte auch deshalb vorgenommen werden, da momentan in Grenchen kein politischer Wille zur Umstellung auf ein System mit Parlament und Regierung sowie der gleichzeitigen Abschaffung der Gemeindeversammlung zu spüren ist. Es ist auch die Meinung des Motionärs, dass ein direktdemokratisches politisches Gefäss wie die Gemeindeversammlung wieder mehr Bedeutung erhält in einer Zeit, die durch die Digitalisierung und Stichworte wie „Elitendemokratie“ geprägt ist. Die Gemeindeversammlung ermöglicht auf der untersten politischen Ebene die unmittelbare Kontrolle der Behörden und ihrer Entscheidungen durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Der Gemeinderat ist rechtlich gesehen eine Exekutive, nimmt aber dennoch eine gewisse parlamentarische Rolle ein. Dies wird verdeutlicht durch die Tatsache, dass den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten parlamentarische Instrumente zur Verfügung stehen. Deshalb ist es von Bedeutung, dass die politischen Kräfte einer Gemeinde im Gemeinderat auch wirklich abgebildet sind. Das ist heute mit 15 Gemeinderätinnen und -räten nicht der Fall: Die Wahlen vom 21. Mai 2017 ergaben für die drei Parteien SP, FDP.Die Liberalen und SVP die gleiche Stärke von vier Sitzen bei ziemlich unterschiedlichen Stimmanteilen (SP 28.16% / FDP.Die Liberalen 21.78% / SVP 23.30%). Eine Differenz von 6.38% zeichnet sich also bei der Sitzstärke nicht ab. Wenn der Gemeinderat rund 20 Mitglieder aufweisen würde, wäre der Wille des Stimmvolkes sicher besser abgebildet.

Einer Vergrößerung des Gemeinderats wird sicher entgegengehalten, dass es schwierig sei, für dieses Amt Menschen zu gewinnen. Das wäre aber eine Bankrotterklärung gegenüber unserem politischen System, das, ob gehauen oder gestochen, auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist. Zudem hatten die Verkleinerung des Gemeinderats und die Abschaffung vieler Kommissionen die Wirkung, dass die Zahl der Menschen, die in Grenchen in die Politik eingebunden sind, stark abnahm. Deshalb resultierte auch ein geringeres Interesse an der Politik. Auch die zu erwartenden geringen Mehrkosten dürfen nicht gegen eine Vergrößerung des Gemeinderats und damit einer Stärkung der Demokratie in Grenchen sprechen.

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

RD

0.1.2 / acs

Postulat Nicole Hirt (glp): Änderung des Gräber- und Grabmalreglementes: Einreichung

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reicht Nicole Hirt (glp) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

Auf grosses Unverständnis ist an Allerheiligen, 1.11. und an Heiligabend, 24.12. eine Hinweistafel der Friedhofleitung bei den Friedhofbesucherinnen und -besuchern gestossen. Es war zu lesen:

„Sehr geehrte Friedhofbesucher, wir weisen Sie darauf hin, dass das Ablegen von jeglichem Blumen- und Grabschmuck auf der Wiese des Gemeinschaftsgrabes nicht gestattet ist. Blumen dürfen nur beim dafür vorgesehenen Ablageort vor den Inschriften oder auf dem Kiesplatz deponiert werden. Gegenstände, welche auf der Wiese liegen, werden vom Friedhofpersonal an die Mauer mit den Inschriften gelegt. Laut Gräber- und Grabmalreglement für den Friedhof Tannhof nach § 12 Abs. 3 Fassung gemäss GRB 2240 vom 13. Juni 2017“.

Trauer ist ein sehr emotionales Thema und sehr individuell. Dem sollte mit Respekt und dem nötigen Feingefühl begegnet werden. Aus diesem Grund wird der Stadtpräsident beauftragt, eine Änderung des Paragraphen 12 Absatz 3 zu prüfen und herbeizuführen:

Der Absatz soll neu lauten:

*Blumen, Grablichter und Kerzen dürfen beim dafür vorgesehenen Ablageort vor den Inschriften niedergelegt werden. Während der **Vegetationsruhe** und an **Feiertagen** darf dazu auch die Wiese, auf der die Urnen beigesetzt sind, benützt werden.*

2 Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratsitzung abgestimmt.

BD
RD

7.4.0.0 / acs

Interpellation Fraktion SP: „Illegale“ Autoabstellplätze im öffentlichen Raum?: Einreichung

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reicht die SP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner: Vize-Stadtpräsident Remo Bill):

1.1 Interpellationstext:

An verschiedenen Orten im öffentlichen Raum der Stadt Grenchen werden Autos ohne Nummernschilder parkiert. Diese Autoabstellplätze sind erstens unästhetisch und zweitens störend für die Wohnquartiere und gehören nicht in das Stadtzentrum der Stadt Grenchen. Diese „illegale“ Autoparkiererei wird auch von den Quartierbewohnern beanstandet und entspricht nicht dem Parkkonzept der Stadt Grenchen.

Autoabstellplätze zum Beispiel an den Orten:

- *Waldegg-, Arnold Baumgartnerstrasse, Schmelzistrasse (bei der ehem. Fa. Baumgartner Frères)*
- *Parkplatz Maienstrasse (bei der ehem. Firma Howeg)*
- *Riedernstrasse*
- *Güterstrasse*
- *und andere Orte*

Ich habe folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

1. *Kennt die Verwaltung diese „Autoabstellproblematik“ in der Stadt Grenchen?*
2. *Sind für die erwähnten Autoabstellplätze Bewilligungen vorhanden?*
3. *Wenn nicht: Was gedenkt und kann die Verwaltung unternehmen?*
4. *Wäre die „Autoabstellproblematik“ nicht ein „Punkt“ für die laufende Ortsplanrevision?*

2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Stapo
BD

6.3 / acs

Interpellation Marc Willemin (SVP): Lt. Walter Flury Gedenkfeier in Grenchen: Einreichung

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reicht Marc Willemin (SVP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Am 7. Oktober 2018 reiste eine Delegation aus Grenchen nach Miécourt JU, um an der Gedenkfeier des im 1. Weltkrieg gefallenen Grenchners, Leutnant Flury, teilzunehmen und um einen Kranz niederzulegen.

Der aus Grenchen stammende Ballonflieger Leutnant Walter Flury wurde gegen Ende des 1. Weltkrieges, also vor hundert Jahren, durch einen deutschen Flieger in der Gegend von Miécourt abgeschossen.

Im Verlauf dieser Gedenkfeier wurde während einer Diskussion von Seiten der Organisatoren nachgefragt, ob Grenchen nicht auch einen Anlass zum Gedenken an Walter Frey organisieren würde.

Ich habe ihnen versichert, dass ich dieses Anliegen an die Stadt Grenchen weitertragen werde.

Frage:

Wie stellt sich Grenchen zu diesem Thema, eine Gedenktafel, einen Gedenkstein o.ä. an einem noch zu bestimmenden Ort, mit einer kleinen Gedenkfeier und einer Einladung der Gemeindevertreter von Miècourt ins Leben zu rufen?

2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

KUKO
KSF

0.0.3.1 / acs

Kleine Anfrage Nicole Hirt (glp): Red Bull Race Day 10./11.08.19: Einreichung

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reicht Nicole Hirt (glp) folgende kleine Anfrage ein:

1.1 Text der kleinen Anfrage:

Im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Anlass werden laut Medienberichten 20'000 Besucherinnen und Besucher erwartet. Das ist sicher einerseits erfreulich für die Stadt Grenchen, andererseits wirft der Anlass auch Fragen auf:

1. *Wer ist zuständig für die Bewilligung dieses Anlasses?*
2. *Wie sehen das Verkehrs- und das Parkkonzept aus?*
3. *Wie sieht das Sicherheitskonzept aus?*
4. *Sind etwaige Kosten für die Stadt Grenchen zu erwarten?*
5. *Wie verträglich ist dieser Anlass in Bezug auf die angrenzende Witschutzzone?*

2 Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Stapo
BD
Standortmarketing

8.5.6 / acs

Kleine Anfrage Nicole Hirt (glp): Wie sind Flugakrobatik und Kompass (Fokus Leben und Wohnen) zu vereinbaren?: Einreichung

1 Mit Datum vom 22. Januar 2019 reicht Nicole Hirt (glp) folgende kleine Anfrage ein:

1.1 Text der kleinen Anfrage:

Der Gemeinderat hat einstimmig das Projekt „Kompass“ gutgeheissen. Die lokalen Medien berichteten ausführlich darüber. Unter anderem soll ein Fokus auf „Leben und Wohnen“ gerichtet werden. Entscheidende Faktoren für die Wahl des Wohnortes gibt es viele, so werden neben guter Infrastruktur auch immer gerne eine gute und ruhige Lage genannt. In diesem Zusammenhang wird der Stadtpräsident aufgefordert, die folgende Frage zu beantworten:

Schadet der Flugakrobat, der an jedem schönen Frühlings-, Sommer- oder Herbsttag eine ganze Region beschallt, nicht der Stadt Grenchen, die nun bestrebt ist, u.a. den Fokus auf „Leben und Wohnen“ zu richten?

2 Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

SF

8.5.6 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

- 1 Personalvorsorge: Auflösung Pensionskasse der Stadt Grenchen, Änderung Personalordnung**
 - 1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger hat das Volkswirtschaftsdepartement mit Verfügung vom 14. Dezember 2018 die Änderungen der Personalordnung genehmigt. Ebenfalls liegt das Informationsschreiben der BVG- und Stiftungsaufsicht Aargau vom 21. Dezember 2018 vor.

- 2 Baugesuch Nutzungsänderung 2. OG, Bielstrasse 27 (GRB 2218/04.04.2017)**
 - 2.1 Stadtpräsident François Scheidegger informiert, dass gemäss Mitteilung der Baudirektion vom 8. Januar 2019 das Baugesuch aufgrund fehlender Unterlagen nicht weiter behandelt werden konnte. Eine Bewilligung war nicht möglich. Das baurechtliche Verfahren wurde somit ohne Bewilligung der Nutzungsänderung abgeschrieben.

- 3 Besichtigung VEBO im Anschluss an die GR-Sitzung vom 22. Januar 2019**
 - 3.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger findet heute im Anschluss an die GR-Sitzung für alle Mitglieder GR und AVK in der VEBO Grenchen, Bielstrasse 77, eine Besichtigung mit Präsentation der Institution, Apéro riche und anschliessendem Rundgang statt.